

KNAPPES JA ZU NEUEN KAMPFJETS IN DER SCHWEIZ

**50,1 Prozent stimmten für den Kauf neuer
Kampfflugzeuge**

**Von Hptm aD Prof. Ing. Ernest F. Enzelsberger
MBA (WU Wien), MAS, Präsident der Gesellschaft für
Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in Vorarlberg**

Am 27. September 2020 stimmten 50,1 Prozent der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer bei einer für Schweizer Referenden hohen Wahlbeteiligung von 59,4 Prozent für den Kauf von neuen Kampfflugzeugen. Die so genannte „Kampfjet-Vorlage“ erzielte ein knappes Ja in der Deutschschweiz und wurde in der Westschweiz deutlich mit bis zu 68,6 Prozent abgelehnt. Damit zeigte sich ein „Röstigraben“. Denn mit Ausnahme der beiden Basel (Basel-Land und Basel-Stadt) stimmten alle deutschschweizer Kantone für die Beschaffung der Kampfjets. In absoluten Zahlen lag der Stimmenvorsprung der Befürworter bei 8670 Stimmen. Der Widerstand kam von den Grünen, der SP (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA).

Ich habe die Schweizer Kampfjet-Abstimmung und ihre Ergebnisse im Folgenden für die Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik zusammengefasst, weil auch das österreichische Bundesheer vor einer ähnlichen Entscheidung steht oder zumindest stehen sollte. Eine wesentliche Grundlage und Informationsquelle bildete dabei die laufende Berichterstattung in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), insbesondere was die angeführten Zitate betrifft.

Der knappe Ausgang der Abstimmung überraschte sowohl Befürworter als auch Gegner. In den Umfragen kurz vor der

Abstimmung wurde noch mit einem weitaus deutlicherem Ja gerechnet. Für Lukas Golder, Politologe beim Forschungsinstitut gfs.bern, zeigte sich, dass die Corona-Pandemie eine Rolle gespielt hat: „Hier haben wir auch einen Effekt von der Pandemie, der sich so äußert, dass es derzeit andere politische Prioritäten gibt als die Beschaffung neuer Kampffjets.“

Worum ging es?

Der Schweizer Bundesrat (das ist dort die Bundesregierung) und das Parlament wollen die Luftverteidigung erneuern. Die Schweiz soll ihre seit 1978 und 1996 im Einsatz stehenden Kampfflugzeuge für maximal sechs Milliarden Franken durch neue Flugzeuge ersetzen. Während die Flugzeuge aus dem Jahr 1996 (F/A-18 Hornet) im Jahr 2030 an das Ende ihrer endgültigen Nutzungsdauer gelangen, sind die 1978 beschafften Flugzeuge (F-5E Tiger) bereits heute veraltet. Im Ernstfall wären sie völlig chancenlos gegen ein modernes Kampfflugzeug. Damit ist klar: Die alten Flugzeuge müssen erneuert werden. Ansonsten ist der Schweizer Luftraum ab 2030 ungeschützt. Die neu zu beschaffenden Kampfflugzeuge sollen zudem auch Bodenziele bekämpfen können. Das kann die Luftwaffe heute nicht.

Am 27. September 2020 kam es daher zu einem Grundsatzentscheid: Flugzeuge zum Schutz der Schweizer Bevölkerung - Ja oder Nein? Welcher Flugzeugtyp die alten Flugzeuge ersetzen wird, entscheidet der Bundesrat jedoch erst nach der Abstimmung.

Es ist sinnvoll, beide alten Flugzeugtypen frühzeitig zu ersetzen, da ein geordneter Beschaffungsprozess mehrere Jahre dauern kann. Die Beschaffung leichter Trainingsflugzeuge, wie sie die SP (Sozialdemokratische Partei der Schweiz) vorschlägt, kann laut dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), also dem Verteidigungsministerium, die Anforderungen an die heutige Luftraumsicherung nicht erfüllen.

Unterschied Österreich-Schweiz

Wo liegen die wesentlichen Unterschiede der Konzepte zwischen Österreich und der Schweiz? Kurz gesagt: Österreich will seinen Luftraum „nur“ überwachen, die Schweiz will ihn verteidigen. Luftraumüberwachung bedeutet: Zwei Flugzeuge stehen ständig bereit um mittels Alarmstarts aufzusteigen, sobald ein nicht identifiziertes Flugzeug in den österreichischen Luftraum eindringt. Dabei hat das österreichische Konzept eine gewichtige Einschränkung: Diese Bereitschaft gibt es nur von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang.

Luftraumverteidigung nach dem Schweizer Konzept hingegen bedeutet, dass sich zwei Kampffjets ständig in der Luft befinden. So können sie mögliche Angreifer schneller abwehren. Dafür werden natürlich mehr Flugzeuge benötigt, weil diese Bereitschaft rund um die Uhr gegeben sein soll. Allerdings verzichten derzeit auch die Schweizer auf eine permanente Überwachung des Luftraums in der Nacht.

Der Ersatz der F/A-18 soll mit dem Rüstungsprogramm 2022 beginnen. Nach der Abstimmung stehen wie erwähnt nun maximal sechs Milliarden Franken aus dem ordentlichen Budget für neue Kampffjets bereit. Die Evaluation der möglichen Flugzeuge ist bereits weit fortgeschritten, sodass bereits in den nächsten Monaten mit dem Typenentscheid des Bundesrates zu rechnen ist. Zur Wahl stehen die amerikanischen Modelle F/A-18 Super Hornet und F 35-A, der französische Rafale und der Eurofighter. Das letzte Wort aber wird das Parlament haben. Verteidigungsministerin Viola Amherd machte nach der Abstimmung gegenüber der NZZ klar, dass die sechs Milliarden einen Plafond darstellen. „Wenn wir Flugzeuge günstiger kaufen können, die geeignet sind und in genügender Anzahl, werden wir das selbstverständlich anschauen. Ich will mit Steuergeldern haushälterisch umgehen, auch in dieser

Frage“, sagte sie in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) und kündigte an: „Wir werden die Evaluation der Typen weiterführen wie geplant: Mitte 2021 soll der Typenentscheid gefällt werden. Die ersten Flugzeuge sollen 2025 ausgeliefert werden.“

FDP-Ständerat Thierry Burkhard hat als Kampagnenleiter der Befürworter einen wesentlichen Anteil am Abstimmungssieg. Rückblickend stellt er fest, dass in Teilen der Bevölkerung noch immer ein falsches Bild von der Armee vorhanden ist. Diese habe mit dem Kalten Krieg nichts mehr zu tun. „Es muss gelingen, die Armee als ein modernes Mittel der Sicherheitspolitik zu positionieren. Sie hat sich längst auf neue Konfliktformen eingestellt. Landesverteidigung findet im 21. Jahrhundert sowohl im Cyberspace als auch in der Luft statt.“ Und weiter: Insbesondere bei Frauen und in der lateinischen Schweiz habe die Armee ein Vermittlungsproblem.

Das Volk habe der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zugestimmt und damit auch dem Fortbestand der Luftwaffe nach 2030. In den kommenden Jahren stehen für die Schweizer Armee weitere Beschaffungsprojekte an. Um die Armee zukunftsfit zu machen, gehen die Planer im VBS von einem Investitionsbedarf von 15 Mrd. Franken aus. Sechs davon sind jetzt also für den Kampfjet reserviert, weitere zwei sind für neue Boden-Luftraketen vorgesehen. Die restlichen sieben Milliarden sind für die Bodentruppen gedacht, deren Systeme Ende der zwanziger Jahre ihr Lebensende erreichen. Konkret geht es dabei um die Panzerhaubitze M109 oder den Kampfpanzer Leopard 2. Dabei gehen die Planer davon aus, dass es in Zukunft eher mehr gepanzerte Radfahrzeuge geben wird als die klassischen Panzer mit Raupen. Das wiederum löst Emotionen aus. Die Armee müsse weiterhin in der Lage sein, den Kampf vom überbauten Gebiet fernzuhalten, sagen die Kritiker.

Um die gesamten Investitionen in die Mittel am Boden und in der Luft stemmen zu können, will der Bundesrat das Armeebudget in den nächsten zehn Jahren um jährlich 1,4 Prozent erhöhen. Für die nächsten vier Jahre hat das Parlament der Erhöhung bereits zugestimmt.

In der nun anstehenden Debatte über die Typenentscheidung zeichnet sich ab, dass die Politiker keine US-Kampfbjets wollen. So sagt die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz): „Kampfbjets sind nicht nur ein nationales Interesse“. Die Schweiz solle eine Luftwaffe haben, die sich ins europäische System einfüge. Und sie führt indirekt gegen amerikanische Jets aus: „Unsere Verbündeten sind die Europäer, das muss auch für die Luftwaffe gelten.“

Für den FDP-Ständerat Andrea Caroni (Die Liberalen), haben die militärische Leistungsfähigkeit und das Kosten-Nutzen-Verhältnis Priorität. Er sagte jedoch: „Bei gleicher Qualifikation müsste ein europäischer Anbieter bevorzugt werden.“ Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweiz in einem Konflikt auf den Verbund mit Europa angewiesen wäre, sei groß.

National- und Ständerat stritten sich lange darüber, wie viele Gegengeschäfte für die Schweizer Industrie herauspringen sollen. In Diskussion standen 100 Prozent. Schließlich haben sie sich auf 60 Prozent geeinigt – kurz, bevor die Vorlage abgestürzt wäre.

Ernest 5.10.2020 14:28

Kommentar [1]:

Die Schwestergesellschaft der Österreichischen Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik in der Schweiz, die CHANCE Schweiz, Arbeitskreis für Sicherheitsfragen, führt zur Kampfbjet-Abstimmung aus:

„Der Weg ist frei für die Modernisierung der Luftwaffe, ein wichtiges Signal in sicherheitspolitisch unsicheren Zeiten. Das hat das Volk am 27. September entschieden und damit Weitsicht bewiesen.“

Die Evaluation der vier Flugzeuge, die für die Beschaffung in Frage kommen, tritt nun in die nächste Phase. Den Typenentscheid wird der Bundesrat voraussichtlich Mitte 2021 fällen. Neben dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis werden auch politische Überlegungen den Ausschlag geben. Das Ergebnis fiel äusserst knapp aus bei einem hauchdünnen Volksmehr von 50.1 Prozent, wobei immerhin festzuhalten ist, dass 18 Kantone und Halbkantone Mehrheiten aufweisen. Gemäss den jährlich erhobenen Umfragen erachtet die Schweizer Bevölkerung die Armee durchaus als notwendig und sinnvoll. Dieser spitze Entscheid kann somit wohl nicht per se als Misstrauensvotum gegen die Schweizer Armee verstanden werden. Hingegen scheint gerade im Zusammenhang mit der aktuellen Coronakrise ein erheblicher Teil der Bevölkerung zu hinterfragen, ob sechs Milliarden Franken für eine Flugzeugbeschaffung angemessen sind und ob die Bedrohungslage im Luftraum diese Investition rechtfertigt. Bemerkenswert sind zwei Gräben: die Kluft in den Abstimmungsergebnissen zwischen Stadt und Land sowie der Bruch zwischen der lateinischen Schweiz (Romandie, Tessin) und der Deutschschweiz. Offensichtlich steht die Bevölkerung der lateinischen Schweiz und in Städten sicherheitspolitischen Anliegen eher kritisch gegenüber. Das ist nicht neu und somit nicht überraschend. Bei der wachsenden Urbanisierung der Schweiz werden sich deren sicherheitspolitische Akteure mittelfristig genau überlegen müssen, wie sie diese Bevölkerungsteile überzeugen können. Es reicht nicht, den sicherheitspolitischen Dialog erst im Vorfeld einer Volksabstimmung aufzunehmen, zumal die Beschaffung von Rüstungsgütern ohnehin in der Kompetenz von Bundesrat und Parlament liegt. Informationen über die Armee, ihre Aufträge, ihren Wandel müssen kontinuierlich fliessen. Das sicherheitspolitische Bewusstsein muss dauerhaft geschärft werden. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit allen Bedrohungen und die Abwägung, mit welcher Sicherheitspolitik man ihnen begegnen will. Gefordert sind die Armee selbst, das VBS, die politischen Parteien, die Milizorganisationen, die Medien und natürlich auch CHANCE SCHWEIZ. Es muss gelingen, breite Bevölkerungskreise für die Sicherheitspolitik zu sensibilisieren und sie auf eine mehrheitsfähige Linie zu bringen. Erst damit sendet die Schweiz ein überzeugendes Signal nach aussen.“

Freundliche Grüsse

Harry Vogler

Präsident CHANCE SCHWEIZ – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen

